

Was ist Neoliberalismus? Geschichte, Grundüberzeugungen und Strategien des neoliberalen Denkkollektivs

Fischer, Karin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fischer, K. (2016). Was ist Neoliberalismus? Geschichte, Grundüberzeugungen und Strategien des neoliberalen Denkkollektivs. *SWS-Rundschau*, 56(1), 6-26. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59763-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Was ist Neoliberalismus?

Geschichte, Grundüberzeugungen und Strategien des neoliberalen Denkkollektivs

Karin Fischer (Linz)

Karin Fischer: *Was ist Neoliberalismus? Geschichte, Grundüberzeugungen und Strategien des neoliberalen Denkkollektivs* (S. 6–26)

Neoliberalismus ist ein oft gebrauchter Begriff, dem es vielfach an klarer Definition mangelt. Dieser Lücke begegnet der Beitrag durch eine theoriegeschichtliche Herangehensweise. Er rekonstruiert seine Gründungsgeschichte, die Stationen der Dominanzgewinnung und gibt Einblick in theoretische Ansätze. Auf dieser Grundlage werden die Charakteristika des Neoliberalismus als einer organisierten ideengeschichtlichen und politischen Bewegung herausgearbeitet. Ziel des Beitrags ist es, zu einer klareren Begriffsverwendung und zur Unterscheidung zwischen Neoliberalismus und Liberalismus, die oftmals als synonym betrachtet werden, beizutragen. Im Ergebnis wird der Neoliberalismus als transnational vernetzte, interdisziplinäre Bewegung deutlich. Die Vertreter des Denkkollektivs formulieren eine Vielfalt an Lehrsätzen, die auf gemeinsam geteilten Grundüberzeugungen basieren und die weit über den Bereich der Wirtschaft hinausgehen. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zur Überwindung neoliberaler Dominanz, für die uns die Entstehungsgeschichte möglicherweise Ansatzpunkte liefert.

Schlagworte: Neoliberalismus, neoliberale Theorie, Ideengeschichte, Hegemonie

Karin Fischer: *What is Neoliberalism? History, Principled Beliefs and Strategies of the Neoliberal Thought Collective* (pp. 6–26)

Neoliberalism is a much used, but also frequently misunderstood term. The author tackles this gap by applying a historical and theoretical approach. She reconstructs the history of neoliberalism, its historic steps in achieving dominance, and provides an insight into several theoretical approaches. On this basis, she concludes that neoliberalism is best understood as an organized ideological and political movement. The aim of the article is to contribute to a better understanding and to give a more precise definition of neoliberalism, including a clear distinction between liberalism and neoliberalism, which often are being considered to be the same. In the end, neoliberalism is characterized as a transnationally organized, interdisciplinary movement. The representatives of the neoliberal thought collective develop a range of doctrines that are based on shared norms and principled beliefs, undergirding a form of social rule that clearly extends economic governance. In her concluding remarks, the author reflects on strategies to overcome neoliberal dominance. The origins of the formation of the neoliberal thought collective might offer some further starting points in this respect.

Keywords: neoliberalism, neoliberal theory, history of ideas, hegemony

1. Einleitung

Neoliberalismus ist alles andere als einfach zu definieren. Noch dazu will keiner, scheint es, etwas mit ihm zu tun haben. Seine VertreterInnen verwenden ihn als Selbstbezeichnung seit den 1970er-Jahren nur mehr selten. Sie bezeichnen ihn manchmal gar als Erfindung der Linken. Auf der anderen Seite, bei seinen GegnerInnen, wird er geradezu inflationär verwendet. Spätestens seit dem Aufkommen der globalisierungskritischen Bewegungen ist er zum Codewort avanciert, an dem die Kritik an der herrschenden Politik und Weltwirtschaftsordnung festgemacht wird.

Auch seine Reichweite ist umstritten. Für Harvey (2007) etwa ist Neoliberalismus ein Bündel makroökonomischer Prinzipien. Er spricht deshalb von »Neoklassik«. Colin Crouch (2011) macht seinen ideologischen Kern im »Anti-Staat- und Pro-Markt«-Denken aus. Foucault (2006 a und b) hingegen begreift Neoliberalismus als eine Regierungspraxis und als eine Form der Selbstregierung.

Um solchen, auf die eine oder andere Weise reduktionistischen Beschreibungen zu entgehen, nähern wir uns dem Neoliberalismus historisch. Neoliberalismus wird in diesem Beitrag als eine Weltanschauung und eine interdisziplinäre, transnationale Bewegung betrachtet, die sich seit den 1930er-Jahren und verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg ideengeschichtlich geformt und politisch entfaltet hat. Dazu gehören DenkerInnen, Theorien, Organisationen und politische AkteurInnen. Eine historische Analyse ermöglicht es, die inhaltliche Breite neoliberaler Ansätze und Politikformen zu erfassen und zugleich das Verbindende zu sehen.

Im ersten Teil des Beitrags wird deshalb die Gründungsgeschichte des organisierten Neoliberalismus seit den 1930er-Jahren nachgezeichnet. Eine solche Genealogie ermöglicht es in einem zweiten Schritt, die inhaltliche Erneuerung und Absetzbewegung gegenüber dem alten Liberalismus des 19. Jahrhundert klar zu markieren. Entgegen vielen Darstellungen handelt es sich bei Liberalismus und Neoliberalismus nämlich um zwei unterschiedliche Denkschulen, die die Frage, welche Rolle der Staat in der Ökonomie spielen soll, unterschiedlich beantworten. In den folgenden Abschnitten werden Ansätze neoliberaler Theoriebildung vorgestellt. Der Einblick in das Repertoire neoliberalen Denkens verdeutlicht zweierlei: erstens seine Pluralität, die allerdings auf gemeinsam geteilten Grundüberzeugungen basiert; zweitens das Verlassen des wirtschaftswissenschaftlichen Terrains im engeren Sinn und das Ausgreifen auf gesellschaftliche Bereiche, die mit neoliberalen Ansätzen bearbeitet werden. Die beiden folgenden Abschnitte behandeln Stationen der Dominanzgewinnung seit den 1970er-Jahren und geben Beispiele politikwirksamer Interventionen und Strategien, die den Charakter des Neoliberalismus als eine plurale, transnational vernetzte Bewegung verdeutlichen. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zur Überwindung neoliberaler Dominanz, für die uns die Entstehungsgeschichte möglicherweise Ansatzpunkte liefert.

2. Gründungsgeschichte des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist aus der Krise des liberalen Kapitalismus geboren. Zwischen 1870 und 1930 verlor der Liberalismus seine Stellung als dominante Weltanschauung und seine Parteienbewegung an Einfluss. Die Idee des Liberalismus war »in weiten Kreisen ein Schimpfwort geworden«, wie der Soziologe Leopold von Wiese 1925 feststellte:

»Jedenfalls möchte doch niemand als liberal angesprochen werden, weil höchst peinliche Nebenvorstellungen von Borniertheit, Selbstsucht, Mangel an Mut und Energie, Schwunglosigkeit und Verständnislosigkeit in rebus politicus damit verknüpft werden«
(Wiese 1925 zitiert nach Walpen 2004, 67).

In den polarisierten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit spielten liberale Denker keine Rolle, sie waren »Rufer in der Wüste«, wie sie Hobsbawm (1996, o. S.) nannte. Sie konnten weder die Politik in die gewünschte Richtung treiben noch die Massen überzeugen. Sie befanden sich auch überwiegend nicht auf gesicherten Posten in den Zentren der intellektuellen Produktionsstätten. Gleichwohl fanden Liberale zusammen, etwa im Privatseminar von Ludwig van Mises, und artikulierten ihre Einsprüche gegen den herrschenden »kollektivistischen« Zeitgeist. Sie wandten sich gegen sozialistische und sozialreformerische Strömungen, allen voran gegen den Austromarxismus und den Kommunismus der sich etablierenden Sowjetunion.

Die frühen Neoliberalen setzten, in ihrer »vulgären« Auseinandersetzung mit dem Marxismus ihrer Zeit, einen binären Code in die Welt, den sie fortan pflegten: Planung führe zwangsläufig in Knechtschaft, Totalitarismus und Elend, während der freie Markt individuelle Freiheit verspreche und in der Natur des Menschen liege. Dass es bis zur Wiedergeburt des Liberalismus und einer erneuerten liberalen Ordnung einige Zeit dauern würde, darauf waren sie gefasst. Auf den »Interventionismus« müsse man sich, schrieb Mises 1926, »für die nächsten Jahrzehnte und vielleicht auch ein Menschenalter« einstellen (Mises 1995/1926 zitiert nach Fiehler 1999, 243).

In diese Konjunktur intervenierte Walter Lippmann, einer der einflussreichsten Journalisten der USA (Deppe 2003, Kapitel 7, 411–466). In seinem 1937 veröffentlichten Buch *An Enquiry into the Principles of the Good Society* rief er dazu auf, den Liberalismus zu erneuern und damit zu retten. Entscheidend für die Neuerfindung liberaler Ideen war die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise. Liberale Beiträge aus den 1920er-Jahren lassen noch wenig Distanz zum klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts erkennen. Getragen wurde diese Erneuerung zunächst von Intellektuellen oder besser: einem Intellektuellenzirkel, allesamt Männer. Eva Kreisky (2001) hat darauf hingewiesen, dass der Neoliberalismus sich als Männergemeinschaft etabliert hat und für Männerbünde typische Merkmale aufweist, wie z. B. ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, Exklusivität und Kameraderie.

Die »*lonely fellows*« (Lippmann zitiert nach Walpen 2004, 54) versammelten sich Ende August 1938 bei einem nach ihm benannten Kolloquium in Paris, um über die

Gründe des Niedergangs des Liberalismus und die Bedingungen seiner Rückkehr zu diskutieren (zu den französischen Wurzeln des Neoliberalismus rund um den Wissenschaftsphilosophen und Organisator des Treffens Louis Rougier siehe Denord 2009). Dort fanden die Teilnehmer – unter ihnen Michael Polanyi, Friedrich August Hayek, Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke – in einer Abstimmung zum Begriff Neoliberalismus, der sich knapp gegen andere Vorschläge wie positiver Liberalismus, Sozialliberalismus oder Neo-Kapitalismus durchsetzte.¹ In der Diskussion über den gemeinsamen Denkraum einigten sich die Teilnehmer auf freies Unternehmertum, Wettbewerb, Preismechanismus sowie einen starken und unparteiischen Staat (Walpen 2004, 60, 212). Die Gründung eines Think-Tanks mit Stützpunkten in Genf, London und New York, mit dem Ziel, ihr Programm zu verbreiten, folgte auf den Fuß.² In den Kriegsjahren, in denen Organisationstätigkeit erschwert bzw. de facto unterbrochen war, erschien ein wichtiges Werk für die Mobilisierung neoliberalen Gedankenguts, das später große Reichweite erlangte: Friedrich August von Hayeks populärwissenschaftliches Buch *Der Weg zur Knechtschaft* (1971/1944).

Nach dem Zweiten Weltkrieg überließen es die Neoliberalen nicht den von ihnen beschworenen Marktkräften, um ihre Ideen zu befördern. Hayek initiierte zusammen mit Röpke, William Rappard und dem Schweizer Geschäftsmann Albert Hunold im Jahr 1947 das Treffen der späteren Mont-Pèlerin-Gesellschaft (MPS) in dem gleichnamigen Schweizer Ort (Hayek 1967b/1947). Es waren immer noch wenige und verstreute Intellektuelle aus Westeuropa, den USA und einigen nordischen Ländern, die kaum Wissen voneinander hatten, aber ein gemeinsames Ziel: den »kollektivistischen« Zeitgeist – Kommunismus im Osten, Keynesianismus und Sozialstaatsdenken im Westen – in eine marktradikale Richtung zu beeinflussen. Denn die Nachkriegszeit war eine anhaltend »dunkle Zeit für klassische Liberale: Big Government war eine Maxime, die quer durch das politische Spektrum im Westen befürwortet wurde«³ (Buchanan 2000, 29). Als Gegner identifizierten sie die Gewerkschaften, abermals in den Worten von Hayek:

»Wenn (...) irgendeine Hoffnung auf Rückkehr zu einer freien Wirtschaft bestehen soll, muss die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften sowohl im Gesetz wie auch tatsäch-

- 1 In den USA war die Begriffsverwendung verwickelt. Den Begriff »liberal« hatte bereits Roosevelt für sich und die Politik des New Deal vereinnahmt. Später wurde er von sozialliberalen Kräften der Demokratischen Partei besetzt. Deshalb traten die Neoliberalen ab den 1950er-Jahren in den USA als neokonservative Bewegung auf, sie werden mitunter auch als »neue Rechte« bezeichnet. Prononcierte StaatsgegnerInnen bezeichnen sich in den USA eher als »*Libertarians*« (zur Begriffsdiskussion in den USA siehe Walpen 2004, 79–80). Der Begriff »neue Rechte« wird auch im lateinamerikanischen Kontext verwendet. Er scheint mir sinnvoll, weil auf diese Weise die Neuartikulation alter rechter Inhalte sowie ein vorwärts gewandtes, modernisierendes Element begrifflich markiert werden.
- 2 Das Centre International d'Etudes pour la Rénovation du Libéralisme bildete mit Büros in New York (Lippmann), London (Hayek) und Genf (Röpke) die erste organisatorische Infrastruktur des internationalen Intellektuellen-Netzwerks. Die Organisation überstand allerdings nicht den Zweiten Weltkrieg.
- 3 Englischer Originalwortlaut: »The 1950s were dark days for classical liberals. Big Government was an idea tolerated across the political spectrum in Western nations.«

lich entsprechend eingeschränkt werden kann, eine der allerwichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen» (Hayek 1952/1947 zitiert nach Walpen 2004, 116; eine großartige Darstellung des Verhältnisses der Neoliberalen zu den Gewerkschaften liefert Steiner 2009).

Hayek erwies sich als besonders weitsichtiger strategischer Denker und gab die Linie vor: Zuerst musste der erstarrte und diskreditierte Liberalismus neu artikuliert und eine konsequente Weltanschauung des (Neo-) Liberalismus entwickelt werden. Für eine solche sozialphilosophische und normative Grundlagenarbeit sei von Kurzfristen und Pragmatismus Abschied zu nehmen. Es gelte, sich nicht auf das zu beschränken, was im Moment möglich scheine. Angesichts der keynesianischen Dominanz sei das eine wenig erfolgversprechende Strategie. Für eine grundlegende Transformation brauche es utopisches Denken und langfristig angelegte Überzeugungsarbeit:

»Was uns fehlt, ist eine liberale Utopie, ein Programm, das weder als reine Verteidigung des Status Quo noch als verwässerte Form des Sozialismus erscheint, sondern ein wahrhafter liberaler Radikalismus, der die Empfindlichkeiten der Mächtigen (inklusive der Gewerkschaften) nicht scheut, der nicht allzu eng auf Umsetzung orientiert ist, und der sich nicht darauf beschränkt, was heute politisch machbar scheint« (Hayek 1960/1949, 384).⁴

Eine organisierte Theoriediskussion und Wissenschaftspolitik brauchte es nach Hayek auch deshalb, weil durch den breiteren Zugang zu höherer Bildung vermehrt Leute aus der Mittelschicht an die Universitäten und an die Schaltstellen gesellschaftlicher Diskursformation gelangten.

Die strategische Ausrichtung der MPS wurde intern kontrovers diskutiert. Gegenüber einer direkten Indienstnahme der »internationalen Akademie« für (tages-) politische Zwecke setzte sich schließlich eine Gruppe von MPS-Mitgliedern um Hayek mit der Auffassung durch, dass die konzeptiv-intellektuelle Arbeit von der politischen Intervention und kommunikativen Vermittlung getrennt werden müsse, um politisch effektiv zu sein. Die MPS sollte dem Austausch von Ideen und der Vernetzung gleichgesinnter Intellektueller dienen. Die Konzentration auf Grundlagenarbeit verhindere wechselseitige Abgrenzungen oder gar Spaltungen, die die neoliberale Bewegung unweigerlich geschwächt hätten. Angesichts der »dunklen Zeiten für klassische Liberale« (Buchanan 2000, 29) dürfe sich die MPS und die Bewegung nicht der Gefahr aussetzen, von Interessengegensätzen oder unterschiedlichen inhaltlichen Standpunkten zerrissen zu werden.

Die Neoliberalen gingen nicht nur zielstrebig daran, die verstreuten intellektuellen Kapazitäten zu bündeln. Die Mitglieder der MPS erkannten frühzeitig die Bedeutung einer »neoliberalen Propagandaindustrie«. Während die »original thinker«, wie Hayek

4 Englischer Originalwortlaut: »What we lack is a liberal Utopia, a program which seems neither a mere defense of things as they are nor a diluted kind of socialism, but a truly liberal radicalism which does not spare the susceptibilities of the mighty (including the trade unions), which is not too severely practical, and which does not confine itself to what appears today as politically possible.«

sich selbst und seinesgleichen bezeichnete, die theoretische Basis von Überzeugungen und eine liberale Utopie entwickeln, ohne Zugeständnisse an den Zeitgeist, ist es die Aufgabe der sogenannten »second-hand dealers in ideas«, also der eher praxisorientierten Schicht von Akademikern, Freiberuflern, Kulturschaffenden und Journalisten, die neoliberale Strategie zu popularisieren (Hayek 1960/1949, 372–373). Sie begannen konsequenterweise, zusammen mit finanzkräftigen »Unternehmer-Intellektuellen« (»business intellectuals«)⁵ den Aufbau von Institutionen, genauer von Zeitschriften und Think-Tanks, die der öffentlichkeitswirksamen Vermittlung neoliberaler Ansichten dienen sollten. So entstand bereits 1947 die Idee, in London das Institute of Economic Affairs (IEA) zu gründen. Etwas weniger als eine Dekade später startete das IEA seine politische Mission, und seine kurz gefassten, polemischen Pamphlete gegen den Wohlfahrtsstaat und eine gemischte Wirtschaft schafften es tatsächlich bald in die tonangebenden Medien. Der Think-Tank sollte später die Politik von Margaret Thatcher bestimmen (Desai 1994, Dixon 2000).

Selbst in die Politik zu gehen stand Hayek skeptisch gegenüber, wie er 1945 in einem Gespräch mit dem emsigen Thinktanker und Financier Antony Fisher an der *London School of Economics* darlegte:

»Der gesellschaftliche Entwicklungsweg wird sich nur verändern durch einen ideologischen Wandel. Zuerst muss man mit einer wohl durchdachten Argumentation die Intellektuellen, Lehrer und Schriftsteller erreichen. Ihr Einfluss auf die Gesellschaft wird sich durchsetzen, die Politiker folgen nach«⁶ (siehe Blundell 2015, 28, nochmals 39).

Die verschiedenen Gruppen innerhalb des neoliberalen Spektrums sind ab den 1950er-Jahren als organisierte transnationale Bewegung zu begreifen. Sie besitzen gemeinsame organisatorische Infrastrukturen und pflegen regen Austausch im transnationalen Raum zur Koordinierung ihrer Anliegen. Es kennzeichnen sie eine rege Publikations-tätigkeit und ein starkes Sendungsbewusstsein. Ihr gemeinsamer Gegner war der »Kollektivismus« in seinen zeitgenössischen Formen: Kommunismus im Osten, Sozialdemokratie und Keynesianismus im Westen (und sozialistische und strukturalistische Entwicklungsstrategien im globalen Süden). Denn sie alle sind der Feind des Liberalismus und führen zum gleichen Desaster: in eine »moderne Knechtschaft« (Hayek 1971/1944).

5 Dazu gehörte an erster Stelle Antony Fisher (1915–1988), der das *Institute of Economic Affairs* gründete und mit den Einnahmen aus einer der ersten industriellen Hühnerfarmen begann, neoliberale Think-Tanks in Europa, Afrika und den Amerikas aufzubauen. Weitere neoliberale Financiers der Frühzeit waren Jasper Crane of DuPont, B. E. Hutchinson (Chrysler), Henry Weaver (*General Electrics*), Pierre Goodrich (der 1960 den *Liberty Fund* gründete) sowie Richard Earhart, Gründer der *Earhart Foundation* (Blundell 2015, 21).

6 Englischer Originalwortlaut: »Society's course will be changed only by a change in ideas. First you must reach the intellectuals, the teachers and writers, with reasoned argument. It will be their influence on society which will prevail, and the politicians will follow.«

3. Das »Neo« im Liberalismus

Die politische Konjunktur brachte nicht nur die Denker des liberalen Spektrums zusammen, sie verlangte auch nach einer inhaltlichen Erneuerung. Nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise konnten die Liberalen nicht mehr zurück zu einem reinen Laissez-faire. Neoklassisches Gleichgewichtsdenken und der Nachtwächterstaat des 19. Jahrhunderts⁷ mussten in Folge der Großen Depression als gescheitert betrachtet werden. Die »neoliberale Internationale« nach dem Zweiten Weltkrieg sah sich also vor der Aufgabe, unterschiedlichen Positionen und Theorieansätzen Raum zu geben und gleichzeitig eine Positionsfestlegung zu treffen, auf die sich alle einigen können und die auf zeitgenössische Fragen eine Antwort gibt. Als gemeinsame inhaltliche Klammer gilt die Gründungsdeklaration der Mont-Pèlerin-Gesellschaft, denn das MPS-Netzwerk kann historisch und aktuell als zentraler Vergemeinschaftungsmodus der Neoliberalen betrachtet werden.⁸

Das *Statement of Aims* beinhaltet »zeitlose« Grundsätze einer liberalen Wirtschaftspolitik und freiheitlichen Gesellschaftsordnung (freier Markt, freies Unternehmertum, Wettbewerbsprinzip, marktbestimmter Preismechanismus, Privateigentum). Gleich unter Punkt 2 redefiniert es aber die Rolle des Staates, »um genauer zwischen einer totalitären und einer liberalen Ordnung unterscheiden zu können«⁹ (MPS 1947). »Totalitär« ist für Neoliberale eine Ordnung, die das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht anerkennt und in der es organisierte Interessengruppen gibt. Totalitarismus ist das Gegenteil von Liberalismus, und das Gegenteil von demokratisch ist autoritär:

»Demnach ist es zumindest grundsätzlich möglich, dass eine demokratische Regierung totalitär ist und dass eine autoritäre Regierung nach liberalen Grundsätzen handelt« (Hayek 1967a, 12).

7 Adam Smith und John Stuart Mill hingen der Vorstellung eines natürlichen Gleichgewichts, eines sich selbst steuernden ökonomischen Kreislaufs, an. Diese Annahme, dass die Ökonomie eine »natürliche Tendenz zum Gleichgewicht« besitze und damit inhärent krisenfrei sei, etablierten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Vertreter der neoklassischen Ökonomie als wirkmächtigen Lehrsatz. Am prägnantesten bringt das sog. Saysche Theorem das Gleichgewichtsdenken zum Ausdruck. Es besagt, dass sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schafft. Produktion und Konsum sind, da bei der Produktion eines Gutes genau jene Löhne gezahlt werden, die zu dessen Konsum nötig sind, immer im Gleichgewicht – so es keine Störung von außen gibt. Zu Krisen kann es nur kommen, wenn die ökonomischen Kreisläufe von außen behindert werden. Ein »Störfaktor« sind staatliche Eingriffe, und hier kommt der sog. Nachtwächterstaat ins Spiel, nämlich die Ansicht, dass der Staat die bürgerliche Eigentumsordnung zu schützen hat, sich aber aus der Wirtschaft heraushalten soll (Screpanti/ Zamagni 2005, 85–86, 111–120, 165–166).

8 Wenngleich seine Bedeutung gegenüber den defensiven Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mittlerweile abgenommen hat, ist das Netzwerk der MPS immer noch ein wichtiger Zusammenhang, um Agenda Setting, interne thematische Aushandlungen und organisatorische Strategien des organisierten Neoliberalismus zu ermessen. Es ist unverändert der institutionalisierte Ausdruck einer transnationalen Diskursgemeinschaft (Plehwe 2009).

9 Englischer Originalwortlaut: »The redefinition of the functions of the state so as to distinguish more clearly between the totalitarian and the liberal order.«

Deshalb spricht Hayek im Falle des – rechtmäßig gewählten – Präsidenten Salvador Allende und seiner Linksregierung in Chile von einer »totalitären Regierung«. Angesichts der totalitären (= sozialistischen) Angriffe auf eine liberale Ordnung sei die »autoritäre Notwehr« der Militärs gerechtfertigt gewesen (Fischer 2009).

»Die ganze Sorge der Liberalen gilt daher konsequent der Gefahr einer unbeschränkten Demokratie, einer unbeschränkten Anwendung des Mehrheitsprinzips. (...) Der Weg über die Beschränkung des Mehrheitsprinzips hin zur beschränkten Demokratie neoliberalen Zuschnitts ist dann nicht mehr weit« (Müller-Plantenberg 1985, 42).

Daran sieht man, Neoliberalismus und Demokratie vertragen sich nicht besonders gut. Denn im Zweifel ist der – individualistisch verstandenen – Freiheit der Vorzug vor der Demokratie zu geben, die Freiheit des Einzelnen gilt als das höchste Gut. Da demokratische Mehrheitsentscheidungen die individuelle Freiheit beschneiden können, müssen Politik und Markt vor der »Massendemokratie« abgeschottet bzw. »geschützt« werden. Mehrheitsentscheidungen sind nicht Ausdruck der Volkssouveränität und das Ergebnis eines demokratischen Kampfes einer Mehrheit gegen eine minoritäre, traditionelle Herrschaftselite, sondern sie tragen den »Keim der Zerstörung einer freien Marktordnung« in sich.

Die Empfehlung neoliberaler Politiktheorie, sei sie Hayekscher Provenienz oder von den *Public-Choice*-Lehren geleitet, lautet, den Geltungsbereich des Mehrheitsprinzips einzuschränken. Eine Möglichkeit besteht darin, das Quorum, das für die Zustimmung in bestimmten Fragen notwendig ist, sehr hoch anzusetzen, bis hin zum Einstimmigkeitsprinzip. Sachfragen mit hohem Zustimmungsbedarf sind in neoliberaler Sicht etwa Budgetrichtlinien oder der Verantwortungsbereich des öffentlichen Sektors. Der richtige Ort für Festlegungen dieser Art ist die Verfassung. Eine andere Möglichkeit besteht darin, demokratisch nicht oder schwach legitimierten Institutionen eine »Kontrollmacht« zu übertragen. Das kann eine »unabhängige« Judikative sein, ein Weisenrat oder eine starke Exekutive, beispielsweise ein Staatsrat, die statt demokratischer Parlamente qua ihrer besonderen Eignung oder auf Basis eines abstrakten, unpersönlichen Rechtssystems die Kontrollfunktion wahrnehmen – oder besser: die »rücksichtslos zur Macht drängenden Massen« (Röpke 1962/1933, 106 zitiert nach Ptak 2013, 40) in die Schranken weisen. Der richtige Ort für Festlegungen dieser Art ist die Verfassung (zum Verfassungs- und Demokratieverständnis von Hayek und der *Public-Choice*-Schule siehe Fischer 2012, Müller-Plantenberg 1985).

Unter Punkt 4 gesteht das *Statement of Aims* dem Staat die Möglichkeit zu, Mindeststandards festzusetzen, natürlich nur »soweit sie die Initiative und das Funktionieren der Märkte nicht behindern« (MPS 1947).¹⁰ Das betrifft zum Beispiel soziale Mindeststandards oder auch Infrastrukturleistungen. In den Worten von MPS-Mitglied und Freihändler Gottfried Haberler:

10 Englischer Originalwortlaut: »The possibility of establishing minimum standards by means not inimical to initiative and functioning of the market.«

»Selbst in einer freien Marktwirtschaft gibt es genug zu tun für eine Regierung, um unverzichtbare Dienstleistungen im Bereich der Bildung, Gesundheit, der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, der Kommunikation etc. zu gewährleisten als auch das reibungslose Funktionieren wettbewerbsorientierter Märkte inklusive währungspolitischer Regelungen zu sichern« (Haberler 1968/1964, 186; ähnlich Buchanan 1999/1968).¹¹

Der zweite Teil des Zitats markiert deutlich das »Neue« im Liberalismus. Wenngleich für einen Ordoliberalen wie Walter Eucken eine Marktordnung politisch gewährleistet wird und für Hayek sich diese als spontane Ordnung herstellt, darf nicht vergessen werden, dass die Neoliberalen nicht einmal in der Hayekschen Variante davon ausgingen, dass sich eine marktradikale Ordnung und eine individualistische Gesellschaft ohne Zutun entwickeln würden. Staatliche Maßnahmen sind gestattet, ja sogar notwendig, um das freie Spiel der Marktkräfte zu garantieren bzw. wirksamer zu machen (Ptak 2013). Mithin verlangt neoliberale Ordnungspolitik nicht nach weniger, sondern nach einem anderen Staat. Er muss das Privateigentum effektiv schützen und das möglichst störungsfreie Funktionieren des Marktes als Ordnungsprinzip sicherstellen. Und natürlich ist er, das zeigt nicht nur das Beispiel Chile, ein durchsetzungsfähiger und starker Staat: Er sorgt für die Aufrechterhaltung der inneren (*»zero tolerance«*) und der äußeren Sicherheit. Lösungen »außerhalb des Marktes« müssen allerdings genau abgewogen werden; sie dürfen keinesfalls die Funktionsweise des Marktes gefährden.

Für die klassischen Liberalen war der Markt ein natürlicher Mechanismus für den Tausch von Gütern. Für die Neoliberalen, das hat insbesondere Foucault deutlich herausgearbeitet, ist der freie Markt eine ideale Wettbewerbsordnung, die zugleich fragil und gefährdet ist.¹² Er wird vom Staat geschaffen und braucht seine Unterstützung. Der »neoliberale Interventionismus« geschieht auf Basis einer *»rule of law«*, einer juristischen Macht, die die Gesetzesregeln vom kapitalistischen Markt ableitet. Keynesianische staatliche Eingriffe zielen auf den Markt und den Preismechanismus (etwa durch Nachfragesteigerung, staatliche Beschaffungspolitik und Subventionen etc.), neoliberale staatliche Eingriffe zielen auf die Gesellschaft, um eine Marktordnung (und in weiterer Folge eine marktförmig organisierte Gesellschaft) zu schaffen (Protevi 2010, Lemke 2008).

An dieser Stelle gilt es, einen weiteren zentralen Unterschied zwischen dem klassischen Liberalismus und dem Neoliberalismus zu markieren. Den klassischen Liberalen ging es darum, einen Ausgleich zwischen als verschieden anerkannten Sphären zu schaffen: zwischen Staat und Markt, zwischen dem Zivilgesellschaftlichen und dem Markt, zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen. Neoliberale hingegen dehnen das Marktförmige auf den Staat selbst und auf das Öffentliche aus. Selbst der »eigen-

11 Englischer Originalwortlaut: »Even in a free market economy there is obviously plenty of work left for the government to provide indispensable services in the field of education, health, maintenance of law and order, communication, etc. as well as to assure the smooth functioning of the competitive market including monetary arrangements.«

12 Es sei ergänzt, dass der Staat selbstredend als geschlechtsneutral und gänzlich herrschaftsfrei konstruiert wird.

verantwortliche« Einzelne erscheint als Minifirma, der als *homo oeconomicus* instinktiv und permanent getreu universeller ökonomischer Gesetzmäßigkeiten denkt und handelt (siehe dazu auch noch weiter unten in Kap. 4).

Umverteilung wird im neoliberalen Programm abgelehnt. Ungleichheit und Konkurrenzdruck sind, mit Hayek, zum einen eine wichtige Triebkraft für Eigeninitiative und Selbstverwirklichung, der Motor für Fortschritt. Von Ungleichheit gehen mithin Wachstumseffekte aus, von denen alle profitieren. Zum anderen sind umverteilende Maßnahmen Eingriffe, die dem Gleichheitsgrundsatz widersprechen. Sie führen nur zu größeren Ungerechtigkeiten in Gestalt neuer Privilegien und besonderer Rechte für bestimmte Gruppen, bei Hayek selbstredend für die organisierte Arbeiterbewegung oder bei Rüstow für die politischen Parteien (Rüstow 2001/1945, 126). Der (keynesianische) Wohlfahrtsstaat verwandelt sich unweigerlich in einen totalitären Staat (Hayek) oder Leviathan (Buchanan).

Ein leistungsgerechtes Einkommen (und allgemeine Prosperität) werde über das Marktsystem garantiert. Der materielle Kern und der Klassencharakter des Neoliberalismus liegen offen zutage: Eine Verteilungspolitik zugunsten der Reichen und Vermögenden (Harvey 2007).

4. Neoliberalismus als plurale Bewegung: viele Stimmen, ein Chor

Anders als es französische KommentatorInnen Anfang der 1990er-Jahre mit ihrer Rede vom »Einheitsdenken« nahegelegt haben (Kahn 1995), ist die neoliberale Bewegung eine breite und ihr inhaltliches Repertoire vielfältig. Es existieren unterschiedliche Positionen, beispielsweise in Bezug auf Wettbewerb und Geldtheorie, oder unterschiedliche Vorstellungen von Markt und Staat (zum unterschiedlichen Marktverständnis von Hayek, Mises und der Chicago-Schule siehe z. B. Mirowski 2009).

Bei aller Verschiedenheit der Ansätze gilt es mit Blick auf ihre Geschichte und Diskursstrategien wahrzunehmen, dass sie sich erstens im Feld des Neoliberalismus verorten und dass sie zweitens ein Bündel an Grundüberzeugungen teilen. Sie sind Weltanschauungsgemeinschaft und Denkkollektiv zugleich, und ihr Ansatz ist ein universeller: Neoliberale Lehrmeinungen sind überall gleichermaßen gültig und anwendbar. Hayek brachte es folgendermaßen auf den Punkt:

»Die Grundsätze des Liberalismus enthalten keine Elemente, die ihn zu einem starren Dogma machten und es gibt keine strengen Regeln, die ein für allemal feststünden. Das Hauptprinzip, wonach wir uns in allen Stücken so weit wie möglich auf die spontanen Kräfte der Gesellschaft stützen und so wenig wie möglich zu Zwangsmaßnahmen greifen sollten, kann in der Anwendung unendlich variiert werden« (Hayek 1971/1944, 36–37).

Neoliberale praktizieren kein Einheitsdenken. Entscheidend ist die Einigkeit in einigen grundlegenden Fragen (Hayek 1967b/1947, 149).

Die inhaltliche Vielfalt an Schulen und Theorieansätzen kann an dieser Stelle nur angedeutet werden. Frühe Denkschulen sind der deutsch-schweizerische Ordoliberalismus der Freiburger Schule (Walter Eucken, Franz Böhm, Leonhard Miksch) und ihr

soziologischer Flügel (Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack)¹³ sowie die Österreichische Schule der Nationalökonomie (Ludwig von Mises, Gottfried Haberler, Fritz Machlup, Friedrich August Hayek). Ab den 1940er-Jahren konsolidiert sich die *Chicago School of Economics* (Frank H. Knight, George Stigler, Arnold Harberger) und nicht viel später die Virginia School, bekannter als *Public-Choice*-Schule, rund um James M. Buchanan, G. Warren Nutter und Gordon Tullock.

Die neoliberale Internationale beinhaltet Theorieansätze wie zum Beispiel den Monetarismus (Milton Friedman, Karl Brunner, Allan H. Meltzer; siehe dazu unten) und die Humankapitaltheorie (Theodore W. Schultz und in der Nachfolge Gary S. Becker).¹⁴ Das schwedische Duo Eli Heckscher und Bertil Ohlin hat die klassische Außenhandels-theorie weiter entwickelt.¹⁵ Die Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte sowie der Arbeitsmärkte gehört von Anfang an zu einem fixen Bestandteil neoliberaler Theoriebildung und wird von vielen Generationen des neoliberalen Denkkollektivs vertreten, von Fritz Machlup und Haberler bis zu Friedman und Anne Krueger, um nur einige zu nennen. Die von Luigi Einaudi begründete *Bocconi School of Economics* und das marktwirtschaftliche Rechtssystem eines Bruno Leoni sind in kritischer Absicht noch wenig befohrt.

Unter dem Dach der Neuen Institutionenökonomik in der Tradition von Ronald H. Coase finden sich vielfältigen Ansätze, die große politische Wirkkraft entfaltet haben, wie etwa *Public Choice* und die *Property-Rights*-Theorie. Die Stärkung privatkapitalistischer Eigentums- oder Verfügungsrechte geht zurück auf Armen A. Alchian und Harold Demsetz. Güter in privatem oder individuellem Eigentum werden demzufolge effizienter genutzt, weil externe Effekte internalisiert, das heißt entstehende Kosten nicht von Dritten getragen werden. Deshalb wird die Privatisierung kollektiven oder öffentlichen Eigentums angeraten. Die *Property-Rights*-Theorie wird zeitgemäß vom

-
- 13 Ihren Namen beziehen die Ordoliberalen aus ihren stringenten ordnungspolitischen Vorstellungen. Ihrer Auffassung nach sollte der Staat eine Wettbewerbswirtschaft am Laufen halten und institutionell absichern, aber nicht dirigistisch oder lenkend eingreifen. Dass diese Strömung des Neoliberalismus gerade in Deutschland entstand, ist kein Zufall, wie Ptak (2013) herausarbeitet: Der deutsche Weg in den modernen Kapitalismus wurde durchgängig von einem aktiven Staat bestimmt und von einem Liberalismus getragen, der sich nicht nur mit der staatlichen Autorität arrangiert hatte, sondern sie zur Durchsetzung und Absicherung der wirtschaftlichen Ziele auch einsetzte. Ptak verweist in diesem Zusammenhang auch auf die NS-Zeit (und die staatsgelenkte Wirtschaftspolitik), die den Entstehungszusammenhang der Ordoliberalen markiert.
- 14 In der Humankapitaltheorie werden Bildung und Ausbildung in ihrem Beitrag zu Wachstum betrachtet. Sie geht davon aus, dass Menschen in Fertigkeiten und Fachwissen investieren, um höhere Renditen, d.h. eine höhere Entlohnung zu erzielen. So stellt Bildung eine Investition dar, die Rendite verspricht und Arbeitskraft ein Investitionsgut, in das zur Verbesserung des Arbeitsvermögens und der Produktivität investiert werden kann.
- 15 Das sog. Faktorproportionenmodell von Eli Heckscher (MPS) und Bertil G. Ohlin erweitert die klassische Außenhandels-theorie durch die Einbeziehung einer Reihe von Produktionsfaktoren, etwa der unterschiedlichen Lohnhöhe. Demnach sollen sich die Länder auf jene Produktion im internationalen Handel spezialisieren, die ihre »Faktorausstattung« (an Rohstoffen, Boden, Kapital, billigen, un- oder gering qualifizierten Arbeitskräften etc.) und »Faktorintensität« nahelegen, d.h. in denen sie »komparative Vorteile« aufweisen. Eine solche Arbeitsteilung gereicht allen Ländern zum Vorteil (zur »Stockholm-Schule« siehe Screpanti/Zamagni 2005, 236–237).

Peruaner Hernando de Soto weiterentwickelt und auf den globalen Süden angewandt (Fischer 2016 im Erscheinen).

Der Chicago-Ökonom George Stigler hat Deregulierung theoretisch fundiert und verallgemeinert. Stigler untersuchte Regulierung und staatliche Aufsichtsbehörden im Infrastrukturbereich in den USA (Stromversorgung, Verkehr etc.). Auf dieser Grundlage entwickelte er das sogenannte *Regulatory-Capture*-Theorem. Es besagt, dass Regulierungsbehörden von Gruppen, die sie eigentlich regulieren sollen, etwa Unternehmensgruppen, »erobert« werden. Behörden sind beeinflussbar, weil sie politisch abhängig sind. Es brauche daher eine neue, wirtschaftswissenschaftlich gestützte Theorie der Politik. Die Capture-Theorie und ihre Rezeption innerhalb und außerhalb der Wirtschaftswissenschaft beförderte die Skepsis gegenüber Regulierung und diente als Begründung für die Liberalisierung öffentlicher oder staatlich kontrollierter Dienstleistungen (Plehwe/Walpen 1999). Die meisten hier Genannten sind oder waren im Übrigen Mitglieder der Mont-Pélerin-Gesellschaft.

Die *Virginia-* bzw. *Public-Choice*-Schule formuliert, indem sie den Marktansatz und wirtschaftswissenschaftliche Methoden in die Analyse politischer Prozesse einführt, gewissermaßen eine ökonomische Theorie der Politik. Nach Buchanan und Tullock orientieren sich politische Parteien und PolitikerInnen in ihren Programmen, da nutzenmaximierende AkteurInnen, nach den auf dem politischen Markt verfügbaren Stimmen (*vote-seeking*). Auch Stigler bewertet mit wirtschaftswissenschaftlichen, mathematischen Methoden politische Prozesse. Der Markt wird auf diese Weise, unter strenger Beschränkung auf die Methoden mikroökonomischer Analyse, zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates: Die Privatisierung von öffentlich erbrachten Leistungen ist nicht genug; der Staat selbst und seine Agenturen werden in eine Firma umgewandelt, in der die Staatsangestellten keinem allgemeinen Ziel verpflichtet sind, sondern ihren eigenen Interessen folgen.

Ein wichtiges Merkmal neoliberaler Theoriebildung ist, dass sie das Feld der Ökonomie im engeren Sinn verlässt. Die intellektuellen Verfechter des Neoliberalismus stellen den Anspruch, zu wissen, wie das gesellschaftliche Ganze organisiert sein soll, wie Individuen und Kollektive gelenkt werden sollen, mehr noch, sie produzieren Wahrheiten darüber, was den Menschen selbst ausmacht. Die Radikalität des Neoliberalismus besteht gerade darin, seine Denkformen und Analysekriterien auf gesellschaftliche Gebiete oder Lebensbereiche auszuweiten, die üblicherweise von anderen Wissenschaftszweigen und mit anderen Methoden analysiert und bearbeitet wurden.

Die Vermarktlichung wird im neoliberalen Diskurs auf Regierungshandeln, Politik, Demokratie und soziale Beziehungen ausgedehnt, ja selbst das menschliche Verhalten folgt nach Gary S. Becker Kosten-Nutzen-Kalkülen. Handlungstheoretische Grundannahme, die wir in der Humankapitaltheorie und in der neoliberalen ökonomischen Theorie generell antreffen, ist der nutzenmaximierend handelnde Mensch (Stichwort *homo oeconomicus*). Auf Grundlage solcher Präferenzen werden dann – ahistorische, eindimensionale – Modellkonstruktionen von Entscheidungsprozessen entwickelt. Nach Gary S. Becker erstrecken sich solche »natürlichen« Kosten-Nutzen-Kalküle auf sämtliche Bereiche menschlichen Verhaltens.

An die Stelle des Marktversagens, das die Keynesianer kritisieren und das der Ausgangspunkt der traditionellen Wohlfahrtsökonomie war, tritt das Staats- oder Regierungsversagen, ein Topos, der im Zuge der Fordismuskrise¹⁶, aber auch im globalen Süden weidlich genutzt und gegen die dort dominierende Entwicklungsstrategie der Nachkriegsära, die binnenmarktorientierte, importsubstituierende Industrialisierung, ins Feld geführt wurde (Fischer 2016 im Erscheinen). James Buchanan und Anne Krueger sorgten in diesem Zusammenhang für eine Neuauslegung des Begriffs »Rente«: Renten sind in dieser Sicht Profite, die durch staatliche Subventionen, Marktregulierungen oder protektionistische Eingriffe entstehen. Sie bewirkten eine »Politisierung des Wirtschaftslebens«, weil die *rent seekers* in der Konkurrenz um die vom Staat verteilten Renten mit Bestechung etc. agierten. Unterentwicklung ist Krueger zufolge das Ergebnis von Politikversagen und zu viel Staat. Die Effizienz des Marktes – erreicht durch eine umfassende Liberalisierung nach innen (Arbeitsmärkte) und außen (Handel) – soll dort wie überall der Korruption und dem *rent-seeking* ein Ende setzen. Denn ökonomische Akteure sind alleine am Profit orientiert und sorgen für eine effiziente Ressourcenallokation. *Rent-Seeking*-Verhalten kommt erst ins Spiel, wenn Regierungsinstanzen in Wirtschaft und Unternehmensführung intervenieren. Weitere theoretische Bausteine neoliberaler Staatskritik finden wir bei Ronald Coase, der auf private Verträge und Transaktionen als die bessere Alternative gegenüber staatlicher Intervention hinweist.

Differenzen, etwa zwischen den auf Modellrechnungen und Evidenz orientierten Chicagoern und den »philosophischen Österreichern«, zwischen den »liberalen Interventionisten« der Freiburger Schule und dem Laissez-faire-Anhänger Mises, existieren selbstredend. Anhänger der »reinen Lehre« opponieren gegen ihre Mitstreiter in der Regierung, wenn sie private Banken in der Krise verstaatlichen und die, die sich im Markt nicht bewähren, retten. Auch in der Geldtheorie und hinsichtlich Fragen der Monopolmacht herrscht im neoliberalen Denkkollektiv immer wieder Dissens. Dass im Feld der Geldpolitik mehrere konkurrierende Ansichten vertreten werden, sollte allerdings nicht dazu verführen, sie aus ihrem neoliberalen Entstehungskontext herauszulösen, das zeigt die historische Analyse (Schmelzer 2010). Auffassungsunterschiede wurden selten öffentlich ausgetragen. Das neoliberale Denkkollektiv pflegt eine einprägsame Botschaft und trägt diese gemeinsam nach außen: Für jedes Problem – sei es ein wirtschaftliches, politisches oder soziales – gibt es eine marktförmige Lösung, kurz: »Everything is fair game for marketization« (Mirowski 2009, 437).

¹⁶ Fordismuskrise bezeichnet die strukturelle Krise, die in den 1970er-Jahren die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs anhaltende relativ stabile Wachstumsphase erschüttert hat. Das als Fordismus oder Keynesianismus bezeichnete Nachkriegsmodell beruhte auf standardisierter Massenproduktion industrieller Güter, der Ausweitung der inneren Märkte der Industriestaaten und war flankiert vom Ausbau des Sozialstaates und Klassenkompromissen zwischen Kapital und Arbeit. Im globalen Süden gab es mit der auf den Binnenmarkt gerichteten Industrialisierung ähnliche Entwicklungen, Lohnentwicklung und soziale Sicherheit blieben allerdings weit hinter den in den Zentren erkämpften Errungenschaften zurück.

5. Neoliberale Theorien in der Praxis: ein Schritt zur Seite, zwei nach vorne

Das Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs, die Krise des sozialliberalen Lagers sowie der keynesianischen Wirtschaftslehren bildet das Terrain für die »Reconquista« der Neoliberalen ab den 1970er-Jahren. Die Umdeutung der Krise in eine Krise staatlicher Steuerung, das unablässige publizistische Sperrfeuer gegen Gewerkschaften und den Sozialstaat taten ihre Wirkung. Ausdruck der Aufwertung neoliberalen Denkens ist die Vergabe der »Wirtschaftsnobelpreise« an ihre namhaftesten Vertreter, die ihre öffentliche Bekanntheit steigerte.¹⁷

Insbesondere der Monetarismus bildete im globalen Norden die Grundlage für eine Wende in Richtung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.¹⁸ Milton Friedman, seit den späten 1940er-Jahren an der *Chicago University* tätig und ab 1970 Berater von US-Präsident Richard Nixon, kam nicht nur in den USA durch seine öffentlichkeitswirksamen Auftritte zu Popularität. Sein Mitstreiter Karl Brunner initiierte 1970 das Konstanzer Seminar über Geldtheorie und Geldpolitik. Der aus der Schweiz stammende US-Ökonom brachte US-amerikanische und europäische AkademikerInnen und Geldpolitiker zusammen, mit dem Ziel, monetaristische Lehren politisch zu stärken sowie in Curricula und Lehrbüchern zu verankern. Nach Brunner gehen »die Hauptinstabilitäten und Unsicherheiten des ökonomischen Prozesses auf das Verhalten des staatlichen Sektors zurück. Die Unsicherheiten sind im Besonderen den Steuer- und Ausgabenprogrammen zuzurechnen sowie den Maßnahmen eingreifender Instanzen. Die Instabilität ist vor allem der Geld-, Kredit- und Fiskalpolitik zuzuschreiben« (Brunner 1973, 75–76).

Durch die neue Geldpolitik des Monetarismus zogen die Realzinsen in den USA stark an. Aufgrund der Leitfunktion des Dollars zogen auch andere Länder nach. Die Hochzinspolitik verteuerte die Staatsverschuldung und schränkte die Verschuldungsspielräume und damit die Optionen für eine antizyklische Budgetpolitik stark ein. Für viele Länder des globalen Südens und in Osteuropa, die in Dollar verschuldet waren, führte diese Politik direkt in die internationale Schuldenkrise Anfang der 1980er-Jahre, die dann wiederum den Hebel für eine rigide Strukturanpassung bildete.

Die Fordismuskrise mündete in eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und machte den Aufstieg des Neoliberalismus in vielen Ländern und internationalen Kontexten möglich. Mit dem Regierungsantritt von Margret Thatcher 1979 und Ronald Reagan 1981 avancierten neoliberale Rezepturen zur Staatsdoktrin

17 Der Preis der schwedischen Reichsbank ging 1974 an Hayek und 1976 an Friedman. Es folgten in der Dekade darauf Stigler (1982), Buchanan (1986), Maurice Allais (1988) und Anfang der 1990er-Jahre Coase und Becker. Sie alle sind Mitglieder der Mont-Pèlerin-Gesellschaft.

18 Im Gegensatz zu keynesianischen Annahmen behauptet Friedman, dass nicht das laufende, sondern das langfristig erwartete »permanente« Einkommen entscheidend für die Konsumausgaben ist. Wird das Einkommen durch staatliche Politik kurzfristig erhöht, so hat dies für die Konsumausgaben kaum Auswirkungen. Insofern ist eine antizyklische, expansive Fiskalpolitik, die die Keynesianer vertreten, für die Monetaristen bestenfalls wirkungslos, meist aber negativ zu bewerten: Bei gegebenem Geldangebot führt die erhöhte Staatsverschuldung zu erhöhten Zinsen und verdrängt private Kreditnachfrage und Investitionen (Becker o. J.).

in den »Kernländern« des Kapitalismus. *Reaganomics* und die Schuldenkrise gaben den internationalen Finanzinstitutionen, in deren Führungsetagen neoliberale Theoretiker wie Deepak Lal oder Anne Krueger gelandet waren, die Mittel in die Hand, die Gesellschaften und Volkswirtschaften in weiten Teilen des globalen Südens umzumodeln. Grundlage dafür bildeten die vergleichenden Analysen, die sie mit ihren KollegInnen seit den 1960er-Jahren im Auftrag des *National Bureau of Economic Research* erarbeitet hatten. Der später als »Washington Consensus« bekannte Dekalog enthält die Grundbestandteile neoliberaler Restrukturierung: von Haushaltsdisziplin über die Liberalisierung der Handelspolitik und Öffnung für Auslandskapital bis hin zu Privatisierung und Deregulierung (Williamson 2004, 3). Spätestens zu diesem Zeitpunkt – und parallel zur Entwicklung in den Zentren – waren Binnenmarktorientierung und Wohlfahrtspolitik vorläufig am Ende. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus erweiterte der Neoliberalismus nochmals seinen Radius.

Diese emblematischen Daten sollen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass bereits zeitlich früher neoliberale Politikkonzepte in der Praxis angekommen waren. In den beiden postfaschistischen Ländern Italien und BRD sowie in der Schweiz waren neoliberale Positionen an Universitäten, in Wirtschaftsverbänden und in der Regierungspolitik bereits in der unmittelbaren Nachkriegsperiode prägend (Roth 2001, Ptak 2013). Gleiches gilt für das in dieser Hinsicht fast noch unerforschte Japan (Itoh 2005). Wiewohl die Neoliberalen in den defensiven Dekaden viele Kämpfe verloren geben mussten, konnten sie sich in die Frühgeschichte der Europäischen Gemeinschaft einschreiben (Marsh 2011). Auch bei der Formulierung freihändlerischer Grundsätze im GATT, dem Vorläufer der Welthandelsorganisation, arbeiteten Neoliberale, z. B. Haberler und Jagdish Bhagwati, mit (Fischer 2016 im Erscheinen).

An die Macht kamen neoliberale Politikkonzepte in den Militärdiktaturen Lateinamerikas der späten 1960er- und 1970er-Jahre. Während in Argentinien, Uruguay, Peru und Bolivien die marktradikalen Reformen nur unvollständig und temporär von den diktatorischen Statthaltern des Neoliberalismus eingeführt werden konnten, beschränkte Chile wohl den radikalsten Weg in den Neoliberalismus. Unter den Bedingungen einer Militärdiktatur krempelten entsprechend geschulte Ökonomen und Staatskader in mehreren Etappen Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend um. Die in unterschiedlichen Phasen in die Praxis umgesetzten Lehren reichen von monetaristischer Makropolitik mit einer umfassenden Liberalisierung der Preise (»Schocktherapie«) über Hayeks und Buchanans Verfassungslehren bis hin zur *Public-Choice*-geleiteten Vermarktlichung, vom Pensionssystem bis zur Energieversorgung. Die in mehreren Wellen und fast vollständig durchgeführten Privatisierungen erhöhten die Macht der einheimischen Kapitalgruppen enorm (Fischer 2011). Chile zeigt auch die Variabilität neoliberaler Praxis- und Wissensformen. Als in der Krise Anfang der 1980er-Jahre die Staatselite schwer verschuldete private Banken verstaatlichte und die Staatsquote in Höhen trieb, die Allende nicht erreicht hatte, bezeichnete Pinochet das als »einen Schritt zur Seite, um wieder Kraft zu erlangen«¹⁹ (Martínez/ Díaz 1996 zitiert nach

19 Englischer Originalwortlaut: »a case of sidestepping to recover strength.«

Fischer 2009, 333). Als sich die Krise abschwächte, kehrten die Verantwortlichen wieder zu einer monetaristischen Makrosteuerung zurück – und die entlassenen »*pure neoliberals*« wieder mit ihren Ämtern.

Neoliberale Restrukturierung war selbstredend umkämpft, sie erfolgte zu verschiedenen Zeitpunkten, in unterschiedlicher Reichweite und Geschwindigkeit. »Schockbehandlungen« stießen auf den Widerstand oppositioneller Gruppen, Regierungen waren oftmals auf ad-hoc-Maßnahmen verwiesen. Nicht nur die Opposition, sondern auch die Partikularinteressen neokonservativer Gruppen behinderten eine stringente Politik. An einigen Orten verhinderten soziale Kämpfe – vorerst – geplante Vorhaben (etwa die Privatisierung der staatlichen Postgesellschaft in Rumänien, der Wasserversorgung in Indien oder des Gesundheitssystems in Guatemala); an anderen Stellen, etwa im Feld der Finanzmärkte, bei der vermögensfreundlichen Steuerpolitik und der Fiskalpolitik der Europäischen Union, konnte sich eine neoliberale Regulierung durchsetzen. Im Ergebnis vollzog sich in vielen Ländern ein Wandel in der Politik, die eine Aufkündigung sozialstaatlicher Kompromisse (bzw. Aushöhlung von Klassenkompromissen) beinhaltet. Der Wandel wird insbesondere in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Budgetpolitik sichtbar. Auf inter- und transnationaler Ebene sind wir mit (selektiv) freihändlerischen, exportorientierten und finanzmarktgetriebenen, also auf Finanzanlagen und Kredite orientierten Wirtschaftsstrategien konfrontiert.

Statt aber nach kohärenten Modellen zu suchen, sollten wir die oben beschriebene Stärke der neoliberalen Weltanschauungsgemeinschaft im Kopf behalten: Weil der Neoliberalismus über ein Ensemble von Theorien und Politikformen verfügt, ist es seinen Verfechtern möglich, mit ihren Antworten flexibel auf unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kontexte zu reagieren (Plehwe/ Walpen 1999). »Neoliberalisierung« (England/ Ward 2007) ist ein widersprüchlicher Prozess, bei dem sich gerade das Zusammenspiel von marktradikalen Utopisten, pragmatischen Intellektuellen und PolitikerInnen als erfolgreich erwiesen hat. Marktapologeten und andere Utopisten stellen eine treibende und, gerade in Zeiten der Krise, eine beharrliche Kraft dar. Sie sorgen dafür, dass das Maximalprogramm nicht von der Agenda (und aus der Öffentlichkeit) verschwindet. Gleichzeitig braucht es *RealpolitikerInnen*, die das Mögliche unter gegebenen (Kräfte-) Verhältnissen tun. Auf diese Weise »war und ist überhaupt die Möglichkeit gegeben, hegemonial zu wirken« (Walpen 2004, 65, 371; siehe auch Plehwe/ Walpen 2007).

6. Gründung, Bewegung, Konsolidierung: Momente neoliberaler Dominanzgewinnung

Die genannten Fälle machen verschiedene Momente neoliberaler Dominanzgewinnung deutlich. Zunächst zeigen sie, dass hinter der Wirkmacht neoliberaler Doktrinen jahrzehntelange organisatorische und intellektuelle Aufbauarbeit steckt.

In Chile lassen sich die Spuren eines organisierten Ideologietransfers bis in die Mitte der 1950er-Jahre zurückverfolgen, als zwischen der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der *Chicago University* und ihrem Gegenstück an der Katholischen Uni-

versität in Santiago de Chile ein akademisches Austauschprogramm abgeschlossen wurde. Solche akademischen Austauschprogramme betrafen nicht nur Chile, sondern ganz Lateinamerika. Sie waren Teil der von US-Präsident Harry Truman 1949 verkündeten Aufbaumaßnahmen (»Point-IV-Programm«). Künftige ökonomische Kader erhielten ihre Ausbildung insbesondere in Chicago, das bereits in den 1950er-Jahren eine Bastion monetaristischer Lehren war – während in Lateinamerika die Strategie einer binnenmarktorientierten Industrialisierung unter der Ägide eines Entwicklungsstaates dominierte und die Strukturalisten eindeutig die Oberhand in den heißen Debatten um Inflationsbekämpfung hatten. Chicago-Ökonom Arnold Harberger sollte sich später rühmen, Hunderte junge lateinamerikanische Ökonomen in »*policy economics*« unterwiesen zu haben, darunter über ein Dutzend Zentralbanker und mindestens doppelt so viele Minister (Fischer 2016 im Erscheinen).

Einen weiteren wichtigen Transmissionskanal stellen Think-Tanks, Stiftungen und Forschungsinstitute dar. Ähnlich dem *Institute of Economic Affairs* (IEA) und dem *Adam Smith Institute* in London lieferten in den USA das *American Enterprise Institute*, *Heritage* und *Hoover Foundation* die Grundlagen für einen Politikwechsel. Ab den 1950er-Jahren erfolgte die Expansion abseits der transatlantischen Achse nach Lateinamerika; ab Anfang der 1960er-Jahre nahm der Aufbau einer solcherart »neoliberalen Zivilgesellschaft« in Japan und weiten Teilen Ostasiens einen dynamischen Verlauf. Heute existiert ein Netzwerk neoliberaler Think-Tanks und privater Universitäten unter dem Dach der *Atlas Economic Research Foundation* (Fischer/ Plehwe 2013). Antony Fisher setzte sich mit seiner Stiftung das Ziel, »das IEA-Modell weltweit zu kopieren«, ²⁰ wie es auf der Website von Atlas heißt. Solche Institutionen proliferierten weltweit, von Peru über Israel bis Indien, von Südafrika über Taiwan bis Australien; ab Ende der 1980er-Jahre folgten blitzschnell Gründungen in Osteuropa. Neoliberales »Basiswissen« wird auf diese Weise transnational vermittelt und lokal adaptiert. Zu den arbeitsteilig angeordneten Aufgaben gehört es weiterhin, Berater- und Expertenpools aufzubauen (»*administration programming*«) und in die öffentliche Debatte zu intervenieren.²¹

Die Erziehung der eigenen Basis darf im Zusammenhang von Dominanzgewinnung nicht vergessen werden. Kollektiv geteilte Wissensformen müssen verändert, neoliberale Ansichten akzeptiert und verinnerlicht werden, will neoliberale Politik reüssieren. So wurde beispielsweise das *Centre for Policy Studies* 1974 zusammen mit Thatcher gegründet, um die konservative Tory Partei, die in der Nachkriegsperiode im Kontext von Wiederaufbau und Kaltem Krieg eine Wohlfahrtspolitik verfolgte, für neoliberale Ansichten zu öffnen. Auch das *American Enterprise Institute* hat lange vor Reagans Wahlsieg, nämlich in den 1960er-Jahren begonnen, die Basis – Unternehmer,

20 Englischer Originalwortlaut: »Friends like Milton Friedman, Friedrich Hayek, and Margaret Thatcher applauded the idea of replicating the IEA model far and wide«, siehe <https://www.atlasnetwork.org/about/our-story>, 12. 12. 2015.

21 Ein aktuelles Beispiel ist Mauricio Macri, Exponent der »Neuen Rechten« in Lateinamerika. Macri hat die Präsidentschaftswahl in Argentinien vom November 2015 für sich entschieden. Seine »Operationsbasis« ist keine Partei mit dezentralen Strukturen, sondern der Think-Tank *Fundación Pensar*.

republikanische Politiker und konservative Demokraten – von neoliberalen Gedankengut zu überzeugen (Dixon 2000; zur Übernahme neoliberaler Politikvorstellungen durch Labour siehe Glyn 2001).

Ähnliche Bestrebungen waren und sind in Chile zu beobachten. Dort ging die zivile neoliberale Staatselite, kräftig unterstützt von Unternehmerverbänden und Medien daran, Werthaltungen und Einstellungen zu verändern. Dies betraf zum einen die an »staatlichen Schutz gewöhnten« Unternehmer sowie weite Teile der Bevölkerung, die auf die staatlichen Dienstleistungen vertrauten. Oppenheim (1999, 148) stellt dazu richtig fest:

»Pinochet und die Chicago Boys beabsichtigten, die Art und Weise, wie Chilenen über die Welt dachten, ihre Mentalität, zu verändern. Der Glaube an Markt und Eigeninitiative sollte jenen an staatliche Verantwortung ersetzen und die gesamte Gesellschaft durchdringen. (...) Es ging um eine tiefgreifende Revolution der anderen Art, eine Revolution, die auf neoliberalen Denkweisen beruht, die, wie sie hofften, die Kultur des Landes verändern würde.«²²

7. Resümee: Gegen die neoliberale Knechtschaft

Wir sind, was neoliberale Dominanz betrifft, in einer widersprüchlichen Situation. Zum einen hat die neoliberale Dominanz der letzten Jahrzehnte neue materielle Verhältnisse geschaffen. Wir erleben – global, innerhalb der Länder und im Nord-Süd-Zusammenhang – eine Polarisierung in der Wohlstandsentwicklung. Die Restrukturierung (sozial-) staatlicher Leistungen und der Arbeitsbeziehungen haben für große Teile der Erwerbsbevölkerung prekarierte und flexibilisierte Arbeitsformen hervorgebracht. Prekarität ist in der Mitte unserer Gesellschaften angekommen; Unsicherheit und der Druck auf den/ die Einzelne sind enorm gestiegen.

Auch die Fehlleistungen der neoliberalen Regierungsweisen sind offensichtlich. Was die Neoliberalen den Gewerkschaften und den Keynesianern immer nachsagen, nämlich sich privilegierten Zugang zu den Entscheidungen über staatlich organisierte Umverteilung zu verschaffen, wird von ihnen selbst höchst ungeniert betrieben (Schmidt 2008, 26). Korruption und Misswirtschaft, die angeblich nur den öffentlichen Sektor betreffen, entfalten sich ungezügelt in der Privatwirtschaft; und dass der Markt von vermachteten Interessen durchzogen ist und nicht die Probleme löst, die er verursacht, wird weithin deutlich.

Die grundlegende Frage der politischen Philosophie und Praxis lautet also, warum die Menschen sich nicht gegen die neoliberale Knechtschaft erheben. Eine Antwort liefert uns das Zitat von Lois Hecht Oppenheim, das die Mentalitäten anspricht. Die

²² Englischer Originalwortlaut: »What Pinochet and the Chicago Boys intended to do was to change the way Chileans thought about the world, their very mentality. They wanted the market approach, the belief in individual action rather than state responsibility, to permeate all of society. (...) It was a structural revolution of a very different sort, one based on neoliberal thinking, which they hoped would change the very culture of the country.«

Wirkungsmacht neoliberaler Dominanz basiert nicht auf der Vorherrschaft in einem einzelnen gesellschaftlichen Bereich. Sie beruht auf Resonanzen in ganz vielen gesellschaftlichen Bereichen und im privaten Leben, in unserem Alltagsverstand. Foucault hat uns mit seinen *governmentality studies* dafür sensibilisiert, wie Herrschaftstechniken sich mit »Praktiken des Selbst« verknüpfen und Formen politischer Regierung auf Techniken des »Sich-selbst-Regierens« zurückgreifen. Wirtschaftliche Veränderungen und die Botschaften der »neoliberalen Propagandaindustrie« wirken sich auf unsere Werthaltungen, Einstellungen und unsere Persönlichkeit aus. »Neoliberalismus hat das Schlimmste in uns hervorgebracht«²³, wie ein Psychologe im Guardian titelte (The Guardian, 29. 9. 2014).

Einstellungen sind veränderbar, nicht jede/r für sich, sondern im Kontext emanzipativer Formen der Solidarität. Eine Veränderung der Produktionsweise und damit auch der Kräfteverhältnisse ist eine schwierigere Aufgabe. Wenngleich der Neoliberalismus nicht (mehr) als führend oder hegemonial betrachtet werden kann, er herrscht in den Strukturen. Investitionsabkommen, der verschärfte Stabilitäts- und Wachstumsvertrag der Europäischen Union und Freihandelsverträge sind nur Beispiele eines disziplinierenden Regelwerks, mit dem sich die neoliberale Regierungsweise (und Unternehmermacht) panzert.

Dennoch, Krisenzeiten sind Umbruchzeiten, das machen die Geburtsstunde und der Aufstieg des Neoliberalismus deutlich. Ob die heutige Krise zu einer ähnlich großen Transformation führt? Sicher ist es nicht, aber keinesfalls unmöglich.

Literatur

- Becker, Joachim (o. J.) *Monetarismus*. Unveröffentlichtes Manuskript. Wien.
- Blundell, John (2015) *Waging the War of Ideas*. London.
- Brunner, Karl (1973) *Die »Monetaristische Revolution« der Geldtheorie*. In: Kalmbach, Peter (Hg.) *Der neue Monetarismus*. München, 70–103.
- Buchanan, James M. (1999/ Orig. 1968) *The Demand and Supply of Public Goods*. The Collected Works of James M. Buchanan, Vol. 5. Indianapolis.
- Buchanan, James M. (2000) *Saving the Soul of Classical Liberalism*. In: Wall Street Journal, January 1, 2000, 29.
- Crouch, Colin (2011) *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II*. Frankfurt a. M.
- Denord, François (2009) *French Neoliberalism and Its Divisions. From the Colloque Walter Lippmann to the Fifth Republic*. In: Mirowski,
- Phil/ Plehwe, Dieter (eds.) *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge/ London, 45–67.
- Deppe, Frank (2003) *Politisches Denken zwischen den Weltkriegen*. Bd. 2 der Reihe Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Hamburg.
- Desai, Radikha (1994) *Second Hand Dealers in Ideas: Think Tanks and Thatcherite Hegemony*. In: New Left Review, Vol. 203, 27–64.
- Dixon, Keith (2000) *Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus*. Konstanz.
- England, Kim/ Ward, Kevin (eds.) (2007) *Neoliberalization. States, Networks, Peoples*. Malden/ Oxford/ Victoria.
- Fiehler, Fritz (1999) *Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung. Die liberale Kritik am Wohlfahrtsstaat in den Programmschriften von Milton und Rose Friedman*. In: Prokla 115, Nr. 2, 237–254.

23 Englischer Originalwortlaut: »Neoliberalism has brought out the worst in us«: Paul Vergaeghe, The Guardian, 29. 9. 2014.

- Fischer, Karin (2009) *The Influence of Neoliberals in Chile Before, During, and After Pinochet*. In: Mirowski, Phil/ Plehwe Dieter (eds.) *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge/ London, 305–346.
- Fischer, Karin (2011) *Eine Klasse für sich. Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830 – 2010*. Baden-Baden.
- Fischer, Karin (2012) *Der Gesellschaftsvertrag einer Diktatur: Ideen- und Realgeschichte der chilenischen »Verfassung der Freiheit«*. In: Nordmann, Jürgen u. a. (HgInnen) *Demokratie! Welche Demokratie? Postdemokratie kritisch hinterfragt*. Marburg, 195–220.
- Fischer, Karin (2016 im Erscheinen) *Entwicklung im Neoliberalismus*. In: Fischer, Karin u. a. (HgInnen) *Handbuch Entwicklungsforschung*. Wiesbaden.
- Fischer, Karin/ Plehwe, Dieter (2013) *The »Pink Tide» and Neoliberal Civil Society Formation: Think Tank Networks in Latin America*. In: State of Nature, verfügbar unter: <http://www.stateofnature.org/?p=6601>, 12. 12. 2015. Spanische Erstfassung: *Redes de think tanks e intelectuales de derecha en América Latina*. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 245, Mayo-Junio 2013, 70–86.
- Foucault, Michel (2006a) *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (2006b) *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*. Frankfurt a. M.
- Glyn, Andrew (2001) *Social Democracy in Neoliberal Times. The Left and Economic Policy since 1980*. Oxford/ New York.
- Haberler, Gottfried (1968 / Orig. 1964) *Comparative Advantage, Agricultural Production and International Trade*. In: Theberge, James D. (ed.) *Economics of Trade and Development*. New York/ London/ Sydney/ Toronto, 168–187.
- Harvey, David (2007) *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich.
- Hayek, Friedrich August von (1952/ Orig. 1947) *»Freie Wirtschaft« und Wettbewerbsordnung*. In: Hayek, Friedrich August von: *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*. Erlenbach-Zürich, 141–155.
- Hayek, Friedrich August von (1960/ Orig. 1949) *The Intellectuals and Socialism*. In: de Huszar, George B. (ed.) *The Intellectuals: A Controversial Portrait*. Glencoe, Illinois, 371–384.
- Reprint from *The University of Chicago Law Review* 16, Nr. 3, Spring 1949, 417–423, 425–433. Eine – an manchen Stellen wenig gelungene – deutschsprachige Neuübersetzung in drei Teilen ist verfügbar unter: <http://www.misesde.org/>, 12. 12. 2015.
- Hayek, Friedrich August von (1967a) *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung*. In: *Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Vol. 18, 11–33.
- Hayek, Friedrich August von (1967b/ Orig. 1947) *Opening Address to a Conference at Mont Pèlerin*. In: *Studies in Philosophy, Politics and Economics*. Chicago, 148–158, verfügbar unter: <https://direitasja.files.wordpress.com/2012/05/studies-in-philosophy-and-economics-friedrich-a-hayek.pdf>, 15. 12. 2015.
- Hayek, Friedrich August (1971/ Orig. 1944) *Der Weg zur Knechtschaft*. München. Englisches Original: *The Road to Serfdom* 1944.
- Hobsbawm, Eric (1996) *Zwischen Katastrophe und Erdrutsch. Interview mit Eric Hobsbawm über das Zeitalter der Extreme*. In: *Sozialismus*, Nr. 5, 16–21, verfügbar unter: http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/reprints/interview_eric_hobsbawm/, 12. 12. 2015.
- Itoh, Makoto (2005) *Assessing Neoliberalism in Japan*. In: Saas-Filho, Alfredo/ Johnston, Deborah (eds.) *Neoliberalism. A Critical Reader*. London/ Ann Arbor, 244–250.
- Kahn, Jean-Francois (1995) *La pensée unique*. Paris.
- Kreisky, Eva (2001) *Ver- und Neuformungen des politischen und kulturellen Systems. Zur maskulinen Ethik des Neoliberalismus*. In: *Kurswechsel*, Nr. 4, 38–50.
- Lemke, Thomas (2008) *Gouvernementalität und Biopolitik*. Wiesbaden. 2. Auflage.
- Marsh, David (2011) *The Euro. The Battle for the New Global Currency*. New Haven/ London.
- Martínez, Javier/ Díaz, Alvaro (1996) *Chile. The Great Transformation*. Geneva.
- Mirowski, Phil (2009) *Postface: Defining Neoliberalism*. In: Mirowski, Phil/ Plehwe, Dieter (eds.) *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge/ London, 417–455.
- Mises, Ludwig von (1995/ Orig. 1926) *Interventionismus*. In: Leube, Kurt R. (Hg.) *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie*. Bd. 1: *Von Menger bis Mises*. Wien, 249–286.

- MPS (Mount Pélerin Society) (1947) *Statement of Aims*, verfügbar unter: <https://www.montpelerin.org/montpelerin/mpsGoals.html>, 12. 12. 2015.
- Müller-Plantenberg, Urs (1985) *Demokratie und Markt – Zur Kritik neoliberaler Demokratietheorie und grün/alternativer Überschneidungslinien*. In: Prokla 61, Nr. 4, 41–48.
- Oppenheim, Lois Hecht (1999) *Politics in Chile: Democracy, Authoritarianism, and the Search for Development*. Boulder.
- Plehwe, Dieter (2009) *Introduction*. In: Mirowski, Phil/ Plehwe, Dieter (eds.) *The Road from Mont Pélerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge/ London, 1–42.
- Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard (1999) *Wissenschaftliche und wissenschaftstheoretische Produktionsweisen im Neoliberalismus*. In: Prokla 115, Nr. 2, 203–235.
- Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard (2007) *Between Network and Complex Organization: the Making of Neoliberal Knowledge and Hegemony*. In: Plehwe, Dieter et al. (eds.) *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*. London/ New York, 27–50.
- Protevi, John (2010) *What does Foucault Think is New about Neoliberalism?* In: *The Warwick Journal of Philosophy*, Nr. 21, 1–25.
- Ptak, Ralf (2013) *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft: Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Wiesbaden.
- Roth, Karl-Heinz (2001) *Klienten des Leviathan: Die Mont Pélerin Society und das Bundeswirtschaftsministerium in den fünfziger Jahren*. In: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 2, 13–41.
- Röpke, Wilhelm (1962/ Orig. 1933) *Epochenwende?* In: *Wirrnis und Wahrheit*. Ausgewählte Schriften. Erlenbach-Zürich/ Stuttgart, 105–124.
- Rüstow, Alexander (2001/ Orig. 1945) *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus*. Marburg.
- Schmelzer, Matthias (2010) *Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Währungspolitik und die Mont Pélerin Society*. Marburg.
- Schmidt, Ingo (2008) *Kollektiver Imperialismus. Varianten des Neoliberalismus und neue Regionalmächte*. In: Schmidt, Ingo (Hg.) *Spielarten des Neoliberalismus. USA, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Italien, Indien, China, Südkorea, Japan*. Hamburg, 7–39.
- Screpanti, Ernesto/ Zamagni, Stefano (2005) *An Outline of the History of Economic Thought*. Oxford. 2. Auflage.
- Steiner, Yves (2009) *The Neoliberals Confront the Trade Unions*. In: Mirowski, Phil/ Plehwe, Dieter (eds.) *The Road from Mont Pélerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge/ London, 181–203.
- Walpen, Bernhard (2004) *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pélerin Society*. Hamburg.
- Wiese, Leopold von (1925) *Gibt es noch Liberalismus?* In: Bonn, Moritz J./ Palyi, Melchior (Hg.) *Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege*. Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag. Bd. I: Wirtschaftspolitische Ideologien. München/ Leipzig, 13–29.
- Williamson, John (2004) *A Short History of the Washington Consensus*. Paper commissioned by Fundación CIDOB for a conference »From the Washington Consensus towards a new Global Governance,« Barcelona, September 24–25, verfügbar unter: <http://www.iie.com/publications/papers/williamson0904-2.pdf>, 13. 8. 2014.

Internetadressen

<https://www.atlasnetwork.org/about/our-story>, 12. 12. 2015.

Kontakt:

karin.fischer@jku.at